



**Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Lennestadt
über die Schlussbekanntmachung/Wirksamwerden der
3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 II A Altenhundem „Ortskern – Änderung
und Erweiterung“**

1. Planbeschluss

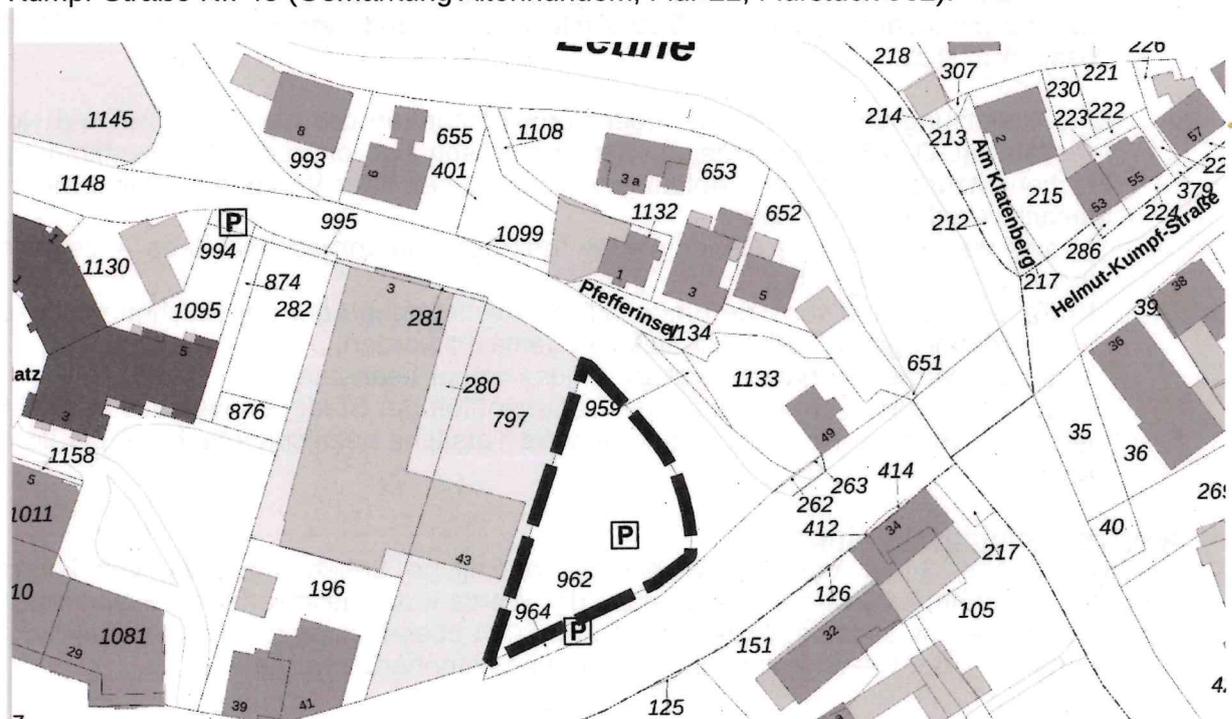
Der Rat der Stadt Lennestadt hat in seiner Sitzung am 08.05.2024 die **3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 II A Altenhundem „Ortskern – Änderung und Erweiterung“**, bestehend aus der Planzeichnung mit Legende und Text, als Satzung beschlossen. Des Weiteren wurde die Begründung zu diesem Bebauungsplan beschlossen; die Begründung ist dem Bebauungsplan beizufügen.

2. Rechtsgrundlagen

Der Beschluss des Rates erfolgte aufgrund der §§ 1, 2, 9, 10 und 13 a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in der zurzeit gültigen Fassung, in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) in der zurzeit gültigen Fassung und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666), in der zurzeit gültigen Fassung.

3. Beschreibung des Plangebietes

Das Plangebiet grenzt im Norden und Nordosten an die Wigeystraße, im Süden und Südosten an die Helmut-Kumpf-Straße sowie im Westen an die Bebauung der Helmut-Kumpf-Straße Nr. 43 (Gemarkung Altenhundem, Flur 21, Flurstück 962).



Übersichtslageplan, ohne Maßstab

4. **Inhalt des Bebauungsplanes (Kurzform)**

Es wird beabsichtigt, auf dem derzeit unbebauten Grundstück einen Wohnkomplex mit bis zu fünf Geschossen zu errichten. Für das geplante Vorhaben sind die Anpassung der Baugrenzen sowie die Änderung der maximal zulässigen Geschosse notwendig.

5. **Bereithaltung/Einsichtnahme**

Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 II A Altenhudem „Ortskern – Änderung und Erweiterung“ wird zusammen mit seiner Begründung ab sofort beim Bürgermeister der Stadt Lennestadt - Bereich Stadtplanung - im Rathaus, 57368 Lennestadt-Altenhudem, Thomas-Morus-Platz 1 während der Dienststunden der Verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Hinweise nach dem Baugesetzbuch (BauGB) und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW):

6. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB für die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche wegen Planungsschäden infolge dieser Flächennutzungsplanänderung wird hingewiesen. Die Leistung dieser Entschädigung ist schriftlich beim Bürgermeister der Stadt Lennestadt, Bereich Stadtplanung, Postfach 12 63, 57342 Lennestadt bzw. Thomas-Morus-Platz 1, 57368 Lennestadt zu beantragen. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die planungsbedingten Vermögensnachteile eingetreten sind, geltend gemacht wird.
7. Auf die Vorschrift des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Unbeachtlich werden
1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Lennestadt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.
8. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 - b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet,
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Lennestadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Bekanntmachungsanordnung

Gemäß § 2 Abs. 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (BekanntmVO) wird bestätigt, dass der Wortlaut der beiliegenden Bekanntmachung mit dem Text des Beschlusses des Rates vom 08.05.2024 übereinstimmt und das Verfahren nach § 2 Abs. 1 und Abs. 2 der Bekanntmachungsverordnung eingehalten wurde.

Der Satzungsbeschluss des Rates der Stadt Lennestadt vom 08.05.2024 zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 II A Altenhudem „Ortskern – Änderung und Erweiterung“ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Inkrafttreten

Nach § 10 BauGB tritt die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 II A Altenhudem „Ortskern – Änderung und Erweiterung“ mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Lennestadt, den 16.05.2024

Der Bürgermeister
Tobias Puspas

